

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| <p>49. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 28. Februar 2016; Kundmachung der Wahlausschreibung und Einrichtung der Wahlbehörden</p> <p>50. Kanal- und Wassermindstgebühren 2016</p> <p>51. Haftungsnachweis für Solidarhaftungen der Gemeinden für Verbindlichkeiten der Gemeindeverbände (§ 141 Abs. 2 TGO) im Rechnungsabschluss - Information</p> | <p>52. Vorschreibung von Verwaltungsabgaben im Zusammenhang mit Entscheidungen der Verwaltungsgerichte</p> <p>53. Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2015</p> <p>54. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2015<br/><i>Verbraucherpreisindex für September 2015 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|

## 49.

### Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 28. Februar 2016; Kundmachung der Wahlausschreibung und Einrichtung der Wahlbehörden

#### **Kundmachung der Wahlausschreibung:**

Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 24. März 2015 die nächsten allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen auf Sonntag, den 28. Februar 2016, ausgeschrieben.

Die Kundmachung der Wahlausschreibung im Landesgesetzblatt für Tirol wird am Mittwoch, dem 25. November 2015, erfolgen.

Unmittelbar nach der Kundmachung der Wahlausschreibung im Landesgesetzblatt für Tirol ist diese auch von den Gemeinden durch öffentlichen Anschlag kundzumachen.

Eine – auf die jeweilige Gemeinde abgestimmte – Vorlage für die Kundmachung an der Amtstafel kann über die Wahlanwendung des Landes Tirol (Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2016, Menüpunkt „Drucksorten und Auswertungen“) bezogen werden.

#### **Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden:**

Nach dem Tag der Wahlausschreibung richten sich die Termine für die Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden.

Örtliche Wahlbehörden sind die Gemeindegewahlbehörde, die Sprengelwahlbehörde(n) und die Sonderwahlbehörde(n).

Die Einrichtung von Wahlsprengeln obliegt der Gemeindegewahlbehörde, wobei ein Wahlsprengel in der Regel nicht weniger als 30 und nicht mehr als 1.000 Wahlberechtigte umfassen darf. Die Gemeindegewahlbehörde kann in einem der Wahlsprengel zusätzlich die Aufgaben der Sprengelwahlbehörde besorgen.

In jeder Gemeinde ist zudem mindestens eine Sonderwahlbehörde für die Ausübung des Wahlrechtes durch Wahlberechtigte, denen es aus Alters-, Krankheits- oder ähnlichen Gründen nicht möglich ist, ihr Wahlrecht in einem Wahllokal auszuüben, zu bilden. Bei Bedarf können auch mehrere Sonderwahlbehörden gebildet werden.

Die Gemeindegewahlbehörde besteht aus dem Bürgermeister oder einem von ihm zu bestellenden ständigen Vertreter als Vorsitzendem (Gemeindegewahlleiter) und mindestens drei und höchstens acht Beisitzern.

Eine Sprengelwahlbehörde besteht aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden (Sprengelwahlleiter) und mindestens drei und höchstens acht Beisitzern. Die Anzahl der Beisitzer ist für alle Sprengelwahlbehörden einheitlich festzulegen.

Eine Sonderwahlbehörde besteht aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden (Leiter der Sonderwahlbehörde) und drei Beisitzern.

Für den Fall der Verhinderung hat der Bürgermeister für den Vorsitzenden der Gemeindevahlbehörde, der Sprengelwahlbehörde(n) und der Sonderwahlbehörde(n) je einen Stellvertreter zu bestellen.

Nach der Wahlausschreibung hat der Gemeinderat umgehend die Anzahl der Beisitzer der Gemeindevahlbehörde und der Sprengelwahlbehörde(n) festzulegen und die Aufteilung der Anzahl der Beisitzer der örtlichen Wahlbehörden vorzunehmen. Die Aufteilung erfolgt unter Berücksichtigung der verhältnismäßigen Stärke der Gemeinderatsparteien (das sind die Wahlwerber einer Wählergruppe, denen Gemeinderatsmandate zugewiesen wurden), die wie folgt zu ermitteln ist:

Die Anzahl der Mandate, die die einzelnen Gemeinderatsparteien bei der letzten Gemeinderatswahl erreicht haben, ist, beginnend mit der größten Zahl, nebeneinander zu schreiben. Darunter sind die Hälfte, das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiteren Bruchteile zu schreiben. Dezimalzahlen sind zu berücksichtigen. Die so gewonnenen Zahlen sind ihrer Größe nach zu ordnen, wobei mit der größten Zahl zu beginnen ist. Die verhältnismäßige Stärke der Gemeinderatsparteien richtet sich nach der Reihenfolge, in der die so geordneten Zahlen auf die Gemeinderatsparteien entfallen. Haben danach zwei oder mehrere Gemeinderatsparteien Anspruch auf einen Beisitzer, so fällt dieser jener Gemeinderatspartei zu, die bei der letzten Gemeinderatswahl die größere Anzahl an Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Anzahl an Stimmen entscheidet das vom jüngsten Gemeinderatsmitglied zu ziehende Los. Koppelungen sind bei der Aufteilung der Beisitzer nicht zu berücksichtigen.

Hat beispielsweise der Gemeinderat beschlossen, für die Gemeindevahlbehörde sieben Beisitzer zu bestellen und beträgt das Stärkeverhältnis der Gemeinderatsparteien A acht Mandate (3.800 Stimmen), B fünf Mandate (2.300 Stimmen), C vier Mandate (2.000 Stimmen) und D zwei Mandate (1.100 Stimmen), so ergibt sich hinsichtlich der Aufteilung der Beisitzer folgendes Bild:

	A	B	C	D
1	<b>8</b> (1)	<b>5</b> (2)	<b>4</b> (4)	2
1/2	<b>4</b> (3)	<b>2,5</b> (6)	2	1
1/3	<b>2,67</b> (5)	1,67		
1/4	<b>2</b> (7)			
1/5	1,67			

A hat demnach Anspruch auf vier, B auf zwei und C auf einen Beisitzer in der Gemeindevahlbehörde, D steht kein Beisitzer zu. Die sieben größten Zahlen sind fett gedruckt

und die in Klammer gesetzten Ziffern zeigen, in welcher Reihenfolge die Beisitzer verteilt werden. Der Beisitzer Nummer 7 fällt A zu, weil diese Partei bei der letzten Wahl mehr Stimmen als C oder D erreicht hat.

Jene Gemeinderatsparteien, denen unter Berücksichtigung ihrer verhältnismäßigen Stärke (zumindest) ein Beisitzer zusteht, haben dem Gemeindevahlleiter bis spätestens **7. Dezember 2015** die auf sie entfallenden Beisitzer und Ersatzmitglieder namhaft zu machen. Eine solche Namhaftmachung kann auch im Rahmen einer Gemeinderatssitzung (idealerweise in jener, in der die Anzahl der Beisitzer und deren Aufteilung auf die Gemeinderatsparteien festgelegt wird) erfolgen. Namhaft gemacht werden können nur Personen, die in der Gemeinde, in der die betreffende örtliche Wahlbehörde ihren Sitz hat, nach § 8 Abs. 1 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994, LGBl. Nr. 88, in den Gemeinderat wählbar sind. Wird ein entsprechender Vorschlag nicht rechtzeitig erstattet, so hat der Gemeindevahlleiter die (fehlenden) Beisitzer und Ersatzmitglieder nach freiem Ermessen zu bestellen. Ein Beisitzer kann von jedem Ersatzmitglied vertreten werden. Stehen beispielsweise einer Gemeinderatspartei zwei Beisitzer zu und ist der Beisitzer B1 verhindert, so kann er vom Ersatzmitglied E1 oder vom Ersatzmitglied E2 vertreten werden.

Das Amt eines Mitgliedes einer Wahlbehörde ist ein öffentliches Ehrenamt, zu dessen Annahme und Ausübung jeder in den Gemeinderat wählbare Gemeindebürger verpflichtet ist; diese Verpflichtung besteht nicht bei Vorliegen eines gerechtfertigten Entschuldigungsgrundes. Den Mitgliedern der örtlichen Wahlbehörden gebührt lediglich der Ersatz der mit der Besorgung ihrer Aufgaben verbundenen notwendigen Barauslagen und des von ihnen nachgewiesenen tatsächlichen Verdienstentganges.

Der Gemeindevahlleiter hat die Bestellung der Beisitzer und der Ersatzmitglieder der örtlichen Wahlbehörden bis spätestens **9. Dezember 2015** vorzunehmen. Die Namen der Mitglieder der örtlichen Wahlbehörden sind der zuständigen Bezirkshauptmannschaft bekanntzugeben und in der Gemeinde unverzüglich durch öffentlichen Anschlag kundzumachen.

Eine Vorlage für die Kundmachung der Zusammensetzung der örtlichen Wahlbehörden findet sich unter „Drucksorten und Auswertungen“ in der Wahlanwendung des Landes Tirol (siehe oben).

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Gemeindevahlbehörde bis spätestens **16. Dezember 2015** ihre konstituierende Sitzung abzuhalten hat.

## 50.

### Kanal- und Wassermindestgebühren 2016

Die Mindestgebühren für die Gewährung von Förderungen zum Gebührenhaushalt Kanal sowie nach § 4 Abs. 3 der Richtlinien über die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds (siehe Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Dezember 2012, Nr. 61) werden **für das Jahr 2016** wie folgt bekanntgegeben:

#### Mindestkanalanschlussgebühr

**pro m<sup>3</sup> umbauten Raum ..... EUR 5,45/m<sup>3</sup> inkl. USt.**

#### Mindestkanalanschlussgebühr

**pro m<sup>2</sup> Geschoßfläche ..... EUR 16,35/m<sup>2</sup> inkl. USt.**

#### Mindestabwassergebühr

**pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch ..... EUR 2,13/m<sup>3</sup> inkl. USt.**

#### Mindestwassergebühr

**pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch ..... EUR 0,42/m<sup>3</sup> inkl. USt.**

Bei den dargestellten Gebühren handelt es sich um Bruttobeträge, also inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer. Diese Mindestgebühren werden bei der Förderung zum Gebührenhaushalt Kanal als Mindestanschlussgebühr bzw. als Mindestabwassergebühr so wie bei der Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds herangezogen.

## 51.

### Haftungsnachweis für Solidarhaftungen der Gemeinden für Verbindlichkeiten der Gemeindeverbände (§ 141 Abs. 2 TGO) im Rechnungsabschluss - Information

Nach § 141 Abs. 2 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 haften die einem Gemeindeverband (§§ 129 bis 132 TGO) angehörenden Gemeinden Dritten gegenüber für die Verbindlichkeiten des Gemeindeverbandes zur ungeteilten Hand. Das bedeutet, dass jede einem Gemeindeverband angehörende Gemeinde, unabhängig davon, in welchem Ausmaß und nach welchem Aufteilungsschlüssel sie für die Finanzierung des jeweiligen Verbandes aufzukommen hat, nach außen für sämtliche Verbindlichkeiten des Verbandes in voller Höhe haftet (Solidarhaftung aller verbandsangehörigen Gemeinden).

Derzeit werden gesetzliche Haftungen gem. § 141 Abs. 2 TGO nicht im Haftungsnachweis des Rechnungsabschlusses der Gemeinde ausgewiesen. Dies entspricht jedoch nach Auffassung der des Rechnungshofes und des Landesrechnungshofes nicht den Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997.

Um den rechtlichen Vorgaben zu entsprechen und im Sinne einer transparenten Rechnungslegung der Gemeinden, in der auch sämtliche Risiken dargestellt werden, ist es notwendig, auch gesetzliche Haftungen auszuweisen. Daher sind künftig in einem **eigenen Haftungsnachweis** alle Gemeindeverbände nach der Tiroler Gemeindeord-

nung 2001 anzuführen, denen die Gemeinde angehört, sofern diese Gemeindeverbände zum Ablauf des Jahres Verbindlichkeiten ausweisen. Der Haftungsbetrag der Gemeinde entspricht dabei der vollen Höhe an Verbindlichkeiten, die der Gemeindeverband auszuweisen verpflichtet ist. Es wird in diesem Zusammenhang empfohlen, dass Gemeindeverbände den verbandsangehörigen Gemeinden zu Beginn jedes Rechnungsjahres den Gesamtbetrag an aushaftenden Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember des vorangegangenen Jahres in einem Informationsschreiben übermitteln.

Zur Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung der Dokumentation der gesetzlichen Haftungen gemäß § 141 Abs. 2 TGO wurde seitens der Abteilung Gemeinden ein Formular erstellt, welches an die Gemeinden und Gemeindeverbände übermittelt wurde.

Das Formular ist auch im Portal Tirol in der Wissensdatenbank – Gemeindeanwendung Land Tirol – Downloads – Dokumentation **Haftungsnachweis gemäß § 141 Abs. 2 TGO** unter folgendem Link abrufbar:

*<https://portal.tirol.gv.at/tirol.gv.at/dvtwiki/display/GEM/Download>*

# 52.

## Vorschreibung von Verwaltungsabgaben im Zusammenhang mit Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

Aufgrund des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes vom 18. März 2015, Ra 2015/04/0005, betreffend die Vorschreibung von Verwaltungsabgaben gemäß § 3 Abs. 1 der Bundesverwaltungsabgabenverordnung 1983 (BVwAbgV), werden die einschlägigen Bestimmungen der Bundesverwaltungsabgabenverordnung 1983 sowie des Tiroler Verwaltungsabgabengesetzes in Erinnerung gerufen:

### **1) Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde und übertragener Wirkungsbereich der Gemeinde aus dem Bereich der Landesvollziehung**

Nach § 1 Abs. 1 des Tiroler Verwaltungsabgabengesetzes, LGBl. Nr. 24/1968 i. d. F. LGBl. Nr. 130/2013, haben die Parteien in den Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung für die Verleihung von Berechtigungen durch die Behörde oder das zuständige Verwaltungsgericht (lit. a) und sonstige wesentlich in ihrem Privatinteresse liegenden Amtshandlungen einer Behörde (lit. b), Verwaltungsabgaben zu entrichten, soweit die Freiheit von solchen Abgaben nicht ausdrücklich durch Gesetz festgelegt ist.

Hierzu normiert § 6 Abs. 2 leg. cit., dass diese Abgaben in jenem Bescheid vorzuschreiben sind, mit welchem die Berechtigung verliehen oder die sonstige Amtshandlung

gesetzt wurde. Entsteht jedoch die Abgabepflicht aufgrund einer Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts, so ist die Verwaltungsabgabe, wenn sie nicht ohne weiteres entrichtet wird, von der sachlich zuständigen Behörde mit gesondertem Bescheid nach § 57 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 vorzuschreiben.

Den Hauptanwendungsfall im Gemeindebereich bildet die Vollziehung der Tiroler Bauordnung 2011 (z. B. Baubewilligung); ein möglicher weiterer Anwendungsfall ist aber auch die örtliche Straßenpolizei (Berechtigungen nach der Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960).

### **2) Übertragener Wirkungsbereich der Gemeinde aus dem Bereich der Bundesvollziehung**

Anderes gilt in Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Bundesvollziehung (z. B. Meldewesen). Entsteht in diesen Angelegenheiten die Abgabepflicht aufgrund einer Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichtes, so hat das Verwaltungsgericht die Verwaltungsabgabe grundsätzlich in seinem Erkenntnis vorzuschreiben. Zum anderem steht aber auch die Möglichkeit der gesonderten Vorschreibung im Sinn des § 3 Abs. 2 BVwAbgV offen (vgl. VwGH 18. März 2015, Ra 2015/04/0005).

## 53.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2015

Ertragsanteile an	November		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	499.925	670.694	170.769	34,16
Lohnsteuer	20.196.779	18.337.806	-1.858.973	-9,20
Kapitalertragsteuer	947.526	1.162.062	214.537	22,64
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	874.573	934.720	60.148	6,88
Körperschaftsteuer	3.346.972	3.929.052	582.080	17,39
Abgeltungssteuern Schweiz	30.445	0	-30.445	-100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	139.271	0	-139.271	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.677	403	-1.274	-75,96
Stiftungseingangssteuer	14.107	3.629	-10.478	-74,28
Bodenwertabgabe	19.895	-569	-20.465	-102,86
Stabilitätsabgabe	-3	-602	-599	-18716,07
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>26.071.167</b>	<b>25.037.195</b>	<b>-1.033.972</b>	<b>-3,97</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	20.690.271	21.131.592	441.321	2,13
Abgabe von alkoholischen Getränken	21	18	-3	-13,69
Tabaksteuer	1.209.164	1.336.982	127.818	10,57
Biersteuer	56.917	67.678	10.761	18,91
Mineralölsteuer	2.138.110	2.168.061	29.951	1,40
Alkoholsteuer	66.243	100.120	33.877	51,14
Schaumweinsteuer	8.736	14.098	5.362	61,38
Kapitalverkehrssteuern	54.003	41.980	-12.023	-22,26
Werbeabgabe	223.948	259.562	35.614	15,90
Energieabgabe	768.697	745.353	-23.344	-3,04
Normverbrauchsabgabe	360.896	338.617	-22.279	-6,17
Flugabgabe	99.394	108.854	9.460	9,52
Grunderwerbsteuer	8.217.116	9.183.940	966.824	11,77
Versicherungssteuer	925.277	976.897	51.620	5,58
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.845.337	1.907.156	61.819	3,35
KFZ-Steuer	-701	-208	492	70,26
Konzessionsabgabe	245.617	272.168	26.550	10,81
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>36.909.048</b>	<b>38.652.867</b>	<b>1.743.819</b>	<b>4,72</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>36.029.964</b>	<b>37.773.784</b>	<b>1.743.819</b>	<b>4,84</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>62.101.132</b>	<b>62.810.978</b>	<b>709.847</b>	<b>1,14</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.734.440	5.931.370	196.930	3,43
Werbesteuerausgleich	35.909	41.552	5.643	15,72
Werbeabgabe nach der Volkszahl	188.039	218.010	29.971	15,94
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	501.666	501.666	0	0,00

## 54.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2015

Ertragsanteile an	Jänner - November		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	28.650.797	30.252.730	1.601.933	5,59
Lohnsteuer	222.574.431	230.705.521	8.131.090	3,65
Kapitalertragsteuer	13.536.448	16.841.267	3.304.819	24,41
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.559.578	8.205.847	1.646.269	25,10
Körperschaftsteuer	51.437.193	55.021.584	3.584.391	6,97
Abgeltungssteuern Schweiz	478.600	-455	-479.055	-100,10
Abgeltungssteuern Liechtenstein	2.328.624	25.118	-2.303.506	-98,92
Erbschafts- und Schenkungssteuer	101.711	111.474	9.763	9,60
Stiftungseingangssteuer	262.995	661.292	398.296	151,45
Bodenwertabgabe	605.041	610.527	5.486	0,91
Stabilitätsabgabe	3.710.347	3.416.062	-294.285	-7,93
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>330.245.765</b>	<b>345.850.967</b>	<b>15.605.202</b>	<b>4,73</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	220.802.781	225.027.132	4.224.351	1,91
Abgabe von alkoholischen Getränken	291	374	83	28,48
Tabaksteuer	14.928.723	15.438.500	509.777	3,41
Biersteuer	1.599.113	1.618.878	19.765	1,24
Mineralölsteuer	35.146.832	35.538.646	391.814	1,11
Alkoholsteuer	1.603.494	984.493	-619.001	-38,60
Schaumweinsteuer	30.342	150.995	120.653	397,64
Kapitalverkehrssteuern	803.382	476.796	-326.586	-40,65
Werbeabgabe	3.558.549	3.577.323	18.774	0,53
Energieabgabe	7.717.834	8.324.287	606.453	7,86
Normverbrauchsabgabe	4.006.305	3.582.762	-423.543	-10,57
Flugabgabe	873.231	921.940	48.709	5,58
Grunderwerbsteuer	79.001.409	94.536.416	15.535.007	19,66
Versicherungssteuer	9.758.269	10.122.772	364.503	3,74
Motorbezogene Versicherungssteuer	16.836.856	17.901.910	1.065.055	6,33
KFZ-Steuer	361.575	335.232	-26.343	-7,29
Konzessionsabgabe	2.113.542	2.264.203	150.660	7,13
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>399.142.530</b>	<b>420.802.659</b>	<b>21.660.129</b>	<b>5,43</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	9.669.917	9.669.917	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>389.472.613</b>	<b>411.132.742</b>	<b>21.660.129</b>	<b>5,56</b>
Kunstförderungsbeitrag	126.739	127.789	1.050	0,83
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>719.610.508</b>	<b>756.877.721</b>	<b>37.267.213</b>	<b>5,18</b>
Zwischenabrechnung	1.148.232	-1.970.055	-3.118.287	-271,57
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>720.758.740</b>	<b>754.907.666</b>	<b>34.148.926</b>	<b>4,74</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	59.366.199	60.672.652	1.306.453	2,20
Getränkesteuerausgleich ZWA	118.400	546.530	428.130	361,60
Summe Getränkesteuerausgleich	59.484.599	61.219.182	1.734.583	2,92
Werbesteuerausgleich	570.595	572.679	2.084	0,37
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.987.955	3.004.644	16.689	0,56
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	3.010.016	3.010.016	0	0,00

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2015

(vorläufiges Ergebnis)

	August 2015 (endgültig)	September 2015 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	110,6	111,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	121,1	121,5
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	133,9	134,4
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	140,9	141,4
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	184,3	184,9
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	286,5	287,5
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	502,7	504,5
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	640,5	642,8
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	642,6	644,9

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat September 2015 beträgt 111,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für August 2015 um 0,4% gestiegen (August 2015 gegenüber Juli 2015: -0,2%). Gegenüber September 2014 ergibt sich eine Steigerung um 0,7% (August 2015/2014: + 1,0%).

### MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck